



REGIONALES

R(H)EIN WESTFÄLISCH

Das erste Mal fiel es am Donnerstagabend im Kreistag auf; der Landrat hielt gerade seine Haushaltsrede. Da hätte man es noch als Zufall abtun können. Doch dann kam der gestrige Kreisverbandstag der Landwirte. Als Gastgeber trug Stadtlohn Bürgermeister Helmut König sein Grußwort vor, da passierte es schon wieder. Vielleicht ist dieser winzige Missklang ja kaum aufgefallen. Doch wer genau hinhörte, konnte sich jener unfreiwilligen Komik wohl nicht entziehen. Sie wollen sicher wissen, was das Ganze

soll. Auf Ihre Verantwortung: Es geht um den Förderwettbewerb „Regionale“ und dessen höchste Qualifizierungsstufe. Der Landrat hat vom „A-Status“ gesprochen und der Bürgermeister vom „A-Stempel“. Aufmerksame Zuhörer haben sogleich die Assoziation der A****-Karte. Wir finden, A-Status und -Stempel haben dieselbe gezogen. Denn nach der Stufe A kommt bei der „Regionale“ nichts mehr. Der akustische A****-Status ist also für die Ewigkeit. Vielleicht hätte man die B-Stufe ja doch höher bewerten sollen. – hgk –

NACHRICHTEN

Pedelec-Fahrer schwer verletzt

GESCHER (hgk). In Gescher ist am Donnerstagabend ein Pedelec-Fahrer so schwer verletzt worden, dass er in die Uniklinik Münster verlegt werden musste. Laut Polizeibericht hatte ein 49-jähriger Autofahrer aus Gescher an einer Kreuzung den bevorrechtigten Verkehr

vorbeigelassen, um nach links abzubiegen. Als er anfuhr, erfasste sein Wagen den 66-jährigen Pedelec-Fahrer aus Gescher und verletzte ihn sehr schwer. Der Rettungsdienst brachte den Radfahrer ins Stadtlohn Krankenhaus. Von dort kam er in die Uniklinik.

Redaktion Regionales

Hans Georg Knapp (hgk)
☎ 02871/284-146

E-Mail: regio@bbv-net.de

Kreistag und Kreisverband gegen neues Jagdgesetz

KREIS BORKEN (hgk). Für Ludger Schule Beiering ist die Novelle zum Landesjagdgesetz „ein Beispiel dafür, wie im Land Politik gemacht wird“. Beim Kreisverbandstag der Bauern in Stadtlohn sagte der Vorsitzende des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes: Die nordrhein-westfälischen Jäger bekämen nun zu spüren, was die Bauern schon seit Längerem wüssten: dass die Landesregierung für Argumente kaum zugänglich sei.

Für Schulze Beiering ist die rot-grüne Gesetzesreform „daneben“, weil sie vermeintlich ökologisch sei, dabei aber nicht berücksichtige, dass sich die Tierwelt verändere. Denn es müsse möglich sein, Arten zu jagen, „die in der Landwirtschaft Probleme machen“ – etwa „Heerscharen von Gänsen“ oder Krähen, von denen der Kreis Borken „voll“ sei.

Es geht auch um den Ertrag

Schulze Beiering warnte das Land davor, dass Jagdpächter irgendwann „keine Lust“ mehr hätten; aus Sicht der Bauern entfalle dann auch der Pächterertrag; die Preise sanken jetzt schon. Der Vorsitzende rief dazu auf, sich für eine Stellungnahme des Kreisverbandes in Listen einzutragen. Dafür warb auch der Gronauer Landtagsabgeordnete Karlheinz Busen (FDP). Er betonte, hier gehe es nicht nur um die Jagd, sondern auch um Eigentumsrechte.

In diesem Sinne hatten CDU und FDP am Vorabend im Kreistag Borken einen Antrag durchgesetzt, den man wohl als Resolution verstehen muss. Darin for-

der der Kreis Borken die Landesregierung auf, den vorgelegten Gesetzesentwurf zum neuen Jagdrecht zurückzunehmen. In einem zweiten Absatz lehnt er „insbesondere die Wiedereinführung der Jagdsteuer“ ab. Dafür stimmte neben CDU und FDP die AfD. Die UWG mochte sich als Fraktion nur dem ersten Teil dieser „Resolution“ anschließen; für den zweiten Absatz stimmte ein einzelnes UWG-Mitglied. SPD, Grüne, Linke und Piraten lehnten den Antrag ab.

„Willkürliche Änderung“

Es gehe hier nicht darum, ein Gesetz zu verhindern, hatte Markus Schulte (CDU) in der vorausgegangenen Debatte betont. „Auf unseren Widerstand“ stoße vielmehr „die Art und Weise, wie hier ein Gesetz übergestülpt wird, ohne die Verbände mitzunehmen“. Der Antrag richte sich gegen „eine willkürliche Änderung ohne Rücksicht“ – und auch dagegen, dass in Rot-Grün den ländlichen Raum „wieder mal gängele“.

Dies sei noch nicht der endgültige Gesetzesentwurf, wandte Elisabeth Lindenhahn (SPD) ein. Ihr Parteifreund Heiko Nordholt kritisierte, hier solle der Kreis „im vorausweisenden Gehorsam“ auf eine mögliche steuerliche Einnahmequelle verzichten. Maja Saatkamp (Grüne) verteidigte das Gesetz als „ein Gutes“, an dem es nichts auszusetzen gebe.

Helmut Seifen (AfD) deutete die Novelle hingegen als „Despotie der Moralisten“. Rot-Grün mache das auch im Schulbereich so: Fachleute stelle man ungefragt vor vollendete Tatsachen.

Von Hans Georg Knapp

KREIS BORKEN. Zwischendurch wurde es fast pathetisch: Im Kreistag Borken beschwor Jens Spahn die „Solidarität im Münsterland“. Der „Münsterland-Geist“ gehe ihm „bei der einen oder anderen Debatte verloren“, sagte der Christdemokrat am Donnerstagabend zur Diskussion um die langfristige Finanzierung des Flughafens Münster/Osnabrück (FMO). Man müsse „auch in schwierigen Zeiten mal zusammenstehen“, befand Spahn. Schließlich sei der FMO bei seiner Gründung „ein gemeinsames Projekt der Region“ gewesen.

„Wenn der Korpsgeist bemüht wird, muss es schlimm stehen“, konterte Jörg von Borczyskowski (UWG/Stadtpartei). Er gab Spahn recht, der klargestellt hatte: Hier gehe es nicht um einen „Zuschuss“, sondern um ein Darlehen. „Gut, es ist ein Darlehen“, räumte von Borczyskowski ein, „aber es ist ein verlorenes Darlehen.“

Breites Meinungsspektrum

Beide Abgeordnete standen für ein Meinungsspektrum, das bisweilen auch die Fraktionen spaltete. Wie berichtet, geht es für den Kreis Borken immerhin um gut eine halbe Million Euro, die er bis zum Jahr 2023 zur wirtschaftlichen Gesundung des FMO beitragen soll. Am Donnerstag sollte „nur“ über knapp 76 000 Euro entschieden werden, die der Kreis als Gesellschafterdarlehen bis zum 15. Februar bereitstel-



Weiter machen wie bisher oder auf Distanz gehen? Als Minderheitsgesellschafter spiele der Kreis bloß den „Zahlmeister“, sagen die Kritiker im Kreistag. Doch mit ihrem Ziel, den FMO loszuwerden, sind sie nach 50-minütiger Diskussion gescheitert. Fotos: dpa

len soll. Die weiteren Zahlungen sollen bis Ende März 2015 feststehen.

Für CDU-Sprecher Markus Schulte war klar: Eine Infrastruktur wie der Flughafen setze eine entsprechende Finanzierung voraus, und bisher habe der Kreis „nichts zugesprochen“ – „wir stehen hinter der Beschlussvorlage“.

Elisabeth Lindenhahn (SPD) tat sich da schwerer: Ihre Fraktion habe schon vor Jahren gefordert, dass der Kreis seine Beteiligung am FMO aufbebe; denn von dieser Einrichtung habe er keinen finanziellen Vorteil. Doch mit Blick auf ihre mög-

liche Bedeutung mache die SPD eine „Faust in der Tasche“ und stimme hier „erstmal“ zu. Allerdings müsse über den März hinaus Zeit zum Nachdenken bleiben.

Heiko Nordholt (SPD) berichtete, dass seine Fraktion über das Thema gestritten habe, zumal hinter diesem Konzept der „Totalentscheidung durch die öffentliche Hand“ die Unternehmensberatung „PricewaterhouseCoopers“ stecke; die wiederum habe der öffentlichen Hand legal Milliarden vorzuenthalten. Nordholt betonte: „Das Geld, das wir da reingeben, ist weg.“ Zu diesem „sauren Apfel“ gebe es aber keine Alternative.

Dagegen sagten von Borczyskowski, Dietmar Eisele und Jens Steiner (jeweils Grüne), dem FMO fehle ein klares Konzept; seine Misere lasse sich auch langfristig nicht beheben. Ihre Fraktionen hatten beantragt, der Kreis solle sich möglichst schnell von seinen Anteilen trennen; denn als Minderheitsgesellschafter könne er nur zuschießen, aber keinen Einfluss nehmen.

Kreiskämmerer Wilfried Kersting wiederum erinnerte

te an das grundlegende Problem des FMO: zu wenig Eigenkapital, zu hohe Zinsen. Den Prognosen zufolge gingen die Passagierzahlen wieder nach oben, sagte Paul Lensing (CDU). Er warnte den Kreistag davor, sich „ein Armutszeugnis“ auszustellen. Spahn deutete auf andere Regionalflughäfen wie etwa Dortmund: Die würden „quersubventioniert“, und er

finde es „nicht fair, dass ungerechnet der FMO über die Klippe“ springen solle.

Für den Antrag von UWG und Grünen, die Anteile des Kreises abzutreten, stimmten außerdem Linke, Piraten und ein Vertreter der SPD; Teile von SPD und FDP enthielten sich. Für das Darlehen stimmten neben CDU, SPD und AfD jeweils ein Vertreter von UWG und FDP.

Solidarität und Nachschusspflicht

Der Anteil des Kreises Borken am Stammkapital der Flughafen Münster/Osnabrück (FMO) GmbH liegt nur bei 0,45 Prozent. Mehrheitsgesellschafter sind die Stadtwerke Münster (35,06 Prozent), die Beteiligungsgesellschaft Kreis Steinfurt (30,28) und die Stadt Osnabrück (17,20). Zur Kreistagssitzung am Donnerstag hat Kreiskämmerer Wilfried Kersting erläutert, dass der Kreis Borken seine Anteile an der FMO GmbH nicht kündigen, sondern lediglich „abtreten“ könne – vorausgesetzt, vier Fünftel der Gesellschafterversammlung

stimmten zu. „Was ist denn, wenn wir nicht zahlen?“, fragte Bernd Schöning (FDP) in der Sitzung. Die Verpflichtung, ein Gesellschafterdarlehen zu gewährleisten, gebe es nicht, sagte Kersting. Es gebe allerdings eine „Nachschusspflicht“; dies bedeute, „dass man das 0,4-fache der Stammeinlage jährlich zahlen muss, wenn die Gesellschafterversammlung dieses beschließt“. Davon habe das Gremium in den vergangenen Jahren aber nie Gebrauch gemacht. Dies sei „die einzige Verpflichtung, die der Gesellschafter hat“ – abgesehen vom „Solidaritätsgedanken“.



Gerd Stöwer ist Geschäftsführer des FMO. Wie auch in Weeze (Kreis Kleve) hängen die Passagierzahlen in Greven nicht zuletzt von Billiganbietern wie Ryanair ab.

Die Landwirte fühlen sich angefeindet

Auf dem Kreisverbandstag der Bauern in Stadtlohn sieht die Verbandsspitze mehr Ärger als Lichtblicke

KREIS BORKEN (hgk). Ludger Schulze Beiering fasste sich an den Kopf. „Selbst im Tattort!“ hatte er ausgerufen und brachte nun dessen ungeheuerliche Handlung so auf den Punkt: „Da wird Fleisch mit Gülle besprüht, um es haltbar zu machen!“ Das Bild der Bauern in der Öffentlichkeit macht dem Vorsitzenden des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Borken schwer zu schaffen. Das offenbarte er beim gestrigen Kreisverbandstag in der Stadthalle Stadtlohn: „Der Ton gegenüber der Landwirtschaft hat sich sehr verschärft“ – ja, er sei geradezu „feindselig“ geworden.

Dies hatte zuvor bereits Johannes Röring gerügt, westfälischer Bauernpräsident und CDU-Parlamentarier aus Vreden: „Wir sind ständig unter Beschuss“, sagte er mit Blick auf Tierhaltung und Nährstoffbericht NRW. Vor rund 350 Landwirten, Verwaltungsvertretern und Politikern erinnerte Schulze Beiering an das Ramsdorfer Fischsterben im Frühjahr: „Als Erstes denkt man an die Bauern. Und wenn ein Badesee umkippt, denkt man in dieselbe Richtung.“ Dagegen sei der Ölunfall in Epe von der Öffentlichkeit kaum als „wirkliches Problem“ wahrgenommen worden, ärgerte sich Schulze Beiering. Und unter Beifall fügte er an: „Wäre die gleiche Menge Gülle in den Untergrund geraten...“ Es passe „nicht zusammen“, dass die Gefahren, die von der Landwirtschaft ausgingen, schwerer wögen

als die des Ölunfalls. Kritisch griff der Borkener auch auf, dass Münsters Regierungspräsident Dr. Reinhard Klenke das einvernehmliche Ausgleichsverfahren zur B 67n gelobt hatte: Die Fläche, die dafür verbraucht werde, sei „wirklich haarsträubend“, wandte sich Schulze Beiering nun an Klenke. „Wir kommen so nicht weiter, man muss etwas tun!“ Und dann solle auch noch ein Ausgleich für erneuerbare Energie her...

Was bringt der Ausgleich? Der Kreisvorsitzende äußerte Zweifel daran, dass etwa die Rekener Feuchtwiesen Vögel anzögen: „Da müsste mehr los sein.“ Er rief dazu auf, sich an einem Projekt zur Biodiversität zu beteiligen – auch um „nachzuprüfen, was aus den Ausgleichsflächen wird“. Erfreut zeigte sich Schulze Beiering über eine gute Ernte und „volle Silos“. Freilich drückte dies die Preise. Wenn ein „Schälchen Pommes“ mehr einbringe als ein Doppelzentner, „macht man sich auch so Gedanken“, sagte der Kreisvorsitzende. „Aber so funktioniert nun mal der

Markt.“ – „Die Lage war schon mal besser“, resümierte er. „Aber lassen wir uns nicht verrückt machen!“

Als Geschäftsführer des Kreisverbandes stellte Jörg Sumpelmann fest, dass der Druck auf die Höfe zunehme. Und so seien die Mitarbeiter der Geschäftsstelle als Zuhörer, Gesprächspartner, Berater, Mediatoren unterzogen. Auch Sumpelmann ging auf die öffentliche Kritik ein. Er forderte: „Diese Hetze, der unsere Mitglieder ausgesetzt sind, muss aufhören!“ Zugleich empörte sich Sumpelmann über den „be-



Ludger Schulze Beiering sieht die Mitglieder derzeit von lauter „Baustellen“ umringt. „Da die gute Laune zu behalten, ist schwierig“, gibt er in der Stadtlohn Stadthalle zu. Foto: hgk

lehrenden Ton“ der Oberen Landschaftsbehörde. Mit Blick auf Ausgleichsflächen, die etwa für die Gasleitung „quer durch den Nordkreis“ und womöglich unnötige Erdkabel bei Borken fällig würden, sei „gerade auch Ihr Haus gefragt“, adressierte er den Regierungspräsidenten.

Der Verband sei stolz auf seine Familienbetriebe, betonte Sumpelmann; sie wirtschafteten vielfältig und trüben zu einer krisenfesten Region bei. Mit 4000 Mitgliedern, so hob er hervor, seien die Bauern im Kreis so stark wie die in Brandenburg.

Der Verband sei stolz auf seine Familienbetriebe, betonte Sumpelmann; sie wirtschafteten vielfältig und trüben zu einer krisenfesten Region bei. Mit 4000 Mitgliedern, so hob er hervor, seien die Bauern im Kreis so stark wie die in Brandenburg.